Die Kirchenkreistage Lüchow und Dannenberg wenden sich an Christen aller Konfessionen, an Gemeinden und Leitungsgremien der Evangelischen Kirche in Deutschland und an den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf-

In unserer Region ist der soziale Friede gestört.

- Es werden gegen den Willen vieler Gemeindeglieder sogenannte "Castor" - Transporte nach Gorleben durchgeführt. Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen protestieren gegen diese Atommülltransporte. Diese Menschen sind keine "Chaoten"!
- Menschen, vor allem Kinder, haben Angst vor tiefffliegenden Hubschraubern, vor gepanzerten Fahrzeugen und endlosen Konvois von Polizeifahrzeugen, die zum Teil mit hoher Geschwindigkeit durch unsere Dörfer fahren.
- Menschen, die hier wohnen, erleben Polizei und Bundesgrenzschutz im zeitlichen Umfeld der Transporte wie eine Besatzungsmacht.
- Viele Gemeindeglieder werden zu Unrecht kriminalisiert, geschlagen und beleidigt. Wohnungen werden durchsucht, so auch die einer Kirchenvorsteherin und einer kirchlichen Mitarbeiterin.
- Bauernland kann man nicht einfach evakuieren. Darum haben Bauern Angst vor Heimatverlust, vor Strahlenschäden und vor Rufschäden.
- Die Castor - Transporte mögen formaljuristisch legal gewesen sein, es ist jedoch zu fragen, ob sie auch legitim sind.

Wir fordern den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie.

Atomenergie ist lebensbedrohend für jegliches Leben. Sie ist mit dem biblischen Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, nicht vereinbar. Wir sagen dies im Bewußtsein, daß auch manche anderen Energieträger nicht ungefährlich sind.

Es gibt weder in Gorleben noch an einem anderen Ort unserer Welt ein Endlager für hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Müll.

Die Halbwertzeit des hochgiftigen Plutonium 239 beträgt 24 400 Jahre, um nur ein Beispiel zu nennen. Es bedarf vieler Halbwertzeiten, ehe es ungefährlich ist. Dieser Zeitraum ist das Vielfache jener Zeitspanne, die zwischen uns und den Pharaonen liegt. Welchem Pharao würden wir Verantwortung bis in unsere Tage zugestehen?

Die Atomtechnologie erfordert die absolut sichere Technik und den absolut unfehlbaren Menschen. Weil es beides nicht gibt, ist die Nutzung der Kernergie unverantwortbar. Denn Tschernobyl zeigt uns, was Technik und Mensch insgesamt anrichten können.

Dennoch wird weiter Atommüll produziert, und es wird von der Industrie behauptet, die Entsorgung sei gelöst!

Die Entsorgung ist jedoch nicht gelöst.
Gorleben ist kein verantwortbarer Entsorgungsweg.

Zur Begründung führen wir an:

Die Erkundung des Salzstockes in Gorleben

- der in erster Linie nach politischen Kriterien ausgesucht wurde und nicht nach dem Urteil von Geologen
- an dessen Eignung schon seit 20 Jahren von namhaften Wissenschaftlern ernsthafte Zweifel artikuliert werden
- dessen Erkundung nur deswegen öffentlich nicht in Frage gestellt wird, weil diese als juristische Grundlage zum Weiterbetrieb von Atomanlagen gebraucht wird

können wir nicht als verantwortungsvollen Entsorgungsweg anerkennen.

Bis zum heutigen Tage liegen weltweit der Öffentlichkeit keine Prüfungskriterien zur Endlagerung atomaren Mülls vor. Die Kirchenkreistage Lüchow und Daunenberg haben nicht das Vertrauen gewinnen können, daß die durch das Bundesamt für Strahlenschutz, laufenden Untersuchungen eine wirklich ergebnisoffene Prüfung und Wertung der festgestellten Tatsachen gewährleisten.

An alternativen Standorten sind in der Bundesrepublik bisher keine Untersuchungen mit der Gründlichkeit wie in Gorleben vorgenommen worden. Trotzdem werden Teilgenehmigungen zum Bau der Konditionierungsanlage in Gorleben erteilt und Atommülltransporte dorthin durchgeführt.

Ein Zwischenlager in Gorleben

- welches lediglich aus einer oberirdischen, luftgekühlten Lagerhalle besteht
- dessen Daseinsberechtigung am Orte Gorleben nur gegeben wäre, wenn der Salzstock sich bereits als Endlagerstandort qualifiziert hätte
- dessen derzeitige Beschickung verfrüht und auch nicht notwendig ist
- dessen Befüllung Druck auf eine Erkundung des Salzstockes Gorleben ausübt, die aber ergebnisoffen sein muß
- dessen Beschickung mit sogenannten "Gastor" - Behältern einen Gewaltakt gegen die ansässige Bevölkerung darstellt und demokratische Grundlagen zu erschüttern droht

können wir nicht als verantwortungsvollen Entsorgungsweg anerkennen.

Wir fordern mit der Synode der Ev. -luth. Landeskirche Hannovers die Aussetzung aller Transporte hochradioaktiver Abfälle nach Gorleben, solange die Entsorgungsfrage nicht gelöst ist.

Die Inbetriebnahme einer Konditionierungsanlage in Gorleben

- ohne zu wissen, welche Beschaffenheit ein endgültiges Endlager haben wird
- und wo es seinen Standort finden wird
- und deren tatsächliche Nutzung noch völlig unklar ist

können wir nicht als verantwortungsvollen Entsorgungsweg anerkennen

Wir fordern, für die Konditionierungsanlage keine Genehmigung zu erteilen, bevor die Eignung des Salzstockes für ein sicheres Endlager nicht zweifelsfrei feststeht. Die bisherigen atomaren Abfälle sind in den stillzulegenden Kernkraftwerken zwischenzulagern.

Um den atomaren Weiterbetrieb zu gewährleisten werden Gesetzesänderungen vorgenommen.

- Durch die Einführung des Enteignungsrechtes in das Atomgesetz kommt es in Gorleben konkret zu einer Einzelfallregelung (Lex Bernstorff), die die Genehmigungsschritte entscheidend verkürzen soll. Für die Planung atomarer Endlager sollen künftig Enteignungen von Grundstücken und Salzrechten möglich sein. Dieses betrifft Eigentumsrechte, die bisher von unserer Verfassung garantiert wurden.
- Wir sind sehr besorgt zu erleben, wie für die Errichtung atomarer Anlagen Gesetzesänderungen im laufenden Genehmigungsverfahren zu einer Absenkung der Sicherheitsanforderungen (zB standortunabhängige Genehmigung von Kernkraftwerktypen) und zu einer Unterhöhlung der Eigentumsrechte in unserer Verfassung führen.

Viele Menschen sehen in diesen Maßnahmen einen gravierenden Widerspruch zu ihrem Demokratieverständnis. Ihr Vertrauen in Politik und Wirtschaft wird untergraben. Sie fühlen sich von Staat und Atomindustrie vergewaltigt und von der übrigen Gesellschaft allein gelassen.

Unser Wort ist ein Hilfeschrei. Es ist eine vom christlichen Glauben her gebotene Parteinahme für Generationen heute noch nicht Geborener, die sich gegen die Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen nicht wehren können.

Wir fordern alle Christen auf

- sich mit den Fragen und Nöten der Menschen hier vor Ort auseinanderzusetzen
- die Lösung der atomaren Frage partei- und länderübergreifend einzuklagen und dabei mitzuwirken, sie herbeizuführen
- Energieformen anzustreben, die global verträglich sind
- neue Wege des Umgangs mit Energie anzustreben, die sowohl eine Reduzierung des Energieverbrauches als auch die Änderung des Lebensstils beinhalten.

Damit werden der biblische Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, die Aufforderung zum Teilen und christliche Nächstenliebe konkret.

Die vorstehende Vorlage wurde von den Ev.-luth. Kirchenkreistagen Dannenberg und Lüchow in der gemeinsamen Sitzung am 11. Mai 1998 in Lüchow mehrheitlich beschlossen.

V.i.S.d.P.: Superintendent Peter Kritzokat, An der Kirche 7a, 29451 Dannenberg, Tel: 05861-8411
Propst Hans-Jürgen Wolters, An der St. Johanniskirche 1c, 29439 Lüchow, Tel: 05841-2051